

26. März 2014

ANFRAGE

der Abgeordneten MMMag. Dr. Kassegger, Dr. Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Bildung und Frauen

betreffend **Förderung unternehmerischen Denkens an österreichischen Schulen**

Die FPÖ bekennt sich dazu, einerseits die Bildung als Grundrecht anzusehen, sowie andererseits daraus abgeleitet zur Verpflichtung des Staates, durch ein breit gefächertes Angebot an qualifizierten und hochstehenden Bildungseinrichtungen diesem Grundrecht zu entsprechen. Unseres Erachtens wird diesem Bekenntnis, im Hinblick auf die Ausbildung des unternehmerischen Denkens, nur unzulänglich entsprochen, wenn man sich folgende Fakten vor Augen hält:

Laut Mittelstandsbericht 2012¹ (in weiterer Folge „Bericht“) haben lediglich 5 % der Österreicher vor, „sich in den kommenden drei Jahren selbstständig zu machen, im Vergleich zu über 10 % im EU-Durchschnitt. Auch der Anteil jener Österreicher, die die Selbstständigkeit gegenüber der unselbstständigen Tätigkeit bevorzugen würden, fällt etwas geringer aus als im europäischen Durchschnitt.“ Diese Tatsache ist umso enttäuschender, als der Bericht weiter ausführt, dass „in den letzten Jahren vielfältige Maßnahmen zur Förderung der „Unternehmerischen Initiative“ gesetzt“ worden seien.

Im Bericht steht zudem, dass bereits bei jungen Menschen sowohl das unternehmerische Denken als auch das diesbezügliche Handeln gefördert werden soll, und zwar im Rahmen von Schule und Ausbildung. So soll der Gedanke gestärkt werden, dass es in der Selbstständigkeit sehr interessante und attraktive Möglichkeiten gibt, Karriere zu machen.

Im Juli 2011 kam es zur Implementierung der Strategie für das lebenslange Lernen (des BMUKK, BMWF, BMASK und BMWFJ) der „*Entrepreneurship Education*“ quer durch alle Bildungsstufen. Eine „Task Force“ bestehend aus Vertretern der beteiligten Ressorts soll nun bis 2020 jährlich einen Umsetzungsbericht vorlegen.

„*Entrepreneurship Education* (= Erziehung zur unternehmerischen Initiative) wird als ökonomische Ausbildungsphilosophie im Rahmen wirtschaftlicher Unterrichtsfächer und als Unterrichtsprinzip quer durch viele Unterrichtsfächer etabliert. So wird im Rahmen der Lehrpläne an berufsbildenden Schulen (Handelsakademie, Handelschule, Höhere Technische Lehranstalt) *Entrepreneurship Education* verstärkt im Regelunterricht – Wirtschaftsunterricht, Projekt- und Übungsfirmenarbeit – integriert.“

Aber „auch an den österreichischen Universitäten wird der Bereich Unternehmerisches Denken und Entrepreneurship im Lehrangebot sowie im Rahmen der Curricula etlicher Studien als Pflicht- oder Wahlfach berücksichtigt (nicht nur in wirtschaftswissenschaftlichen Studien), um die künftigen Universitätsabsolventen auch gezielt auf eine spätere berufliche Selbstständigkeit vorzubereiten.“

Im Regierungsprogramm heißt es bspw., dass es ein „kreatives Unternehmertum“ braucht, damit Österreich gestärkt aus der noch andauernden Krise hervorgeht. Die über diese strategische Zielbestimmung hinausgehende praktische Umsetzung ist in

¹ <http://www.bmwfj.gv.at/Unternehmen/UnternehmensUndKMU-Politik/Documents/Entwurf%20Mittelstandsbericht%202012.pdf>

Anbetracht der oben angeführten faktischen Zahlen hinsichtlich der Ausbildung unternehmerischen Denkens jedenfalls sehr kritisch zu bewerten.

Die Regierung misst der Hochschulentwicklung eine große Bedeutung für die Attraktivität des Standortes Österreich zu. „*Dabei sind die Qualität, die Leistung, die Profilbildung, ein effektiver Mitteleinsatz ... eine optimale Durchlässigkeit zu, an und zwischen den tertiären Bildungsinstitutionen sowie eine qualitätsorientierte Governance sowie die Qualität der Lehre ... und deren Verbesserung wesentliche Eckpfeiler.*“ Weiters soll eine Weiterentwicklung des österreichischen Hochschulplans fortgeführt werden.

In dieselbe Kerbe schlägt auch Markus Th. Eickhoff vom Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, wenn er in seinem Bericht² folgendes schreibt: „*Auch in der beruflichen Weiterbildung und akademischen Bildung ist Entrepreneurship Education zu forcieren. Hier sollen spezielle Angebote zum Aufbau von Management-, Unternehmensführungs- und Existenzgründungskompetenzen eingerichtet werden.*“

Auch die EU-Kommission sieht Aufholbedarf im Bereich des unternehmerischen Denkens³: „*Europa braucht eine unternehmerische Kultur, die unsere Schulen und Universitäten durchdringt – eine Kultur, in der Kreativität und Innovation aktiv gefördert werden. Denn 37 % der Europäer wollen ihr eigener Chef sein – nur 10 % sind es tatsächlich.*“ Lehrer können mit mehr unternehmerischer Bildung den Schülern besser unternehmerisches Denken vermitteln. Daher spielt die Bildung, sowohl Aus- als auch Weiterbildung, eine entscheidende Rolle.

Die Europäische Kommission veröffentlichte 2005 einen „*Bericht über die Umsetzung der Europäischen Charta für Kleinunternehmen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union*“.⁴ Österreich lag im Bereich „*Maßnahmen der Behörden zur Förderung der Erziehung und Ausbildung zu unternehmerischer Initiative, insbesondere im Sekundarschulwesen*“ mit 4 von möglichen 7 Punkten hier leider nur im europäischen Durchschnitt. Einzig im Bereich der „*Unterstützung von Mini-Unternehmen*“ war ein Erfolg zu verbuchen, das generelle Ziel, die unternehmerische Initiative zu stärken, wurde nicht erreicht. Auch scheiterte Österreich im Bereich „*Unternehmerische Initiative im Lehrplan*“ und „*Weiterbildung der Lehrkräfte*“.

Festzustellen ist also eine besorgniserregende Lücke zwischen strategisch gut formulierten Zielen/Aankündigungen und deren tatsächlicher faktischer Umsetzung.

Aus den vorhin aufgezählten Gründen sind wir der Ansicht, dass sich in Österreich, besonders im Bereich des unternehmerischen Denkens im sekundären Bildungsbereich schnellstmöglich etwas ändern muss, um den Versäumriissen der letzten Jahre entgegenzuwirken und das unternehmerische Interesse zu wecken, besonders im Jugendalter. Denn nur wenn die Jugend unternehmerisches Denken schon in der Schule vermittelt bekommt kann Österreich gestärkt aus der Krise hervorgehen. Hier muss der Grundstein gelegt werden der dann auf einer Hochschule weiter vertieft werden kann. Denn was im sekundären Bildungsbereich verabsäumt wird kann auf der Hochschule nur noch begrenzt aufgeholt bzw. nachgeholt werden.

² http://www.cedefop.europa.eu/etv/Upload/Information_resources/Bookshop/533/45_de_Eickhoff.pdf

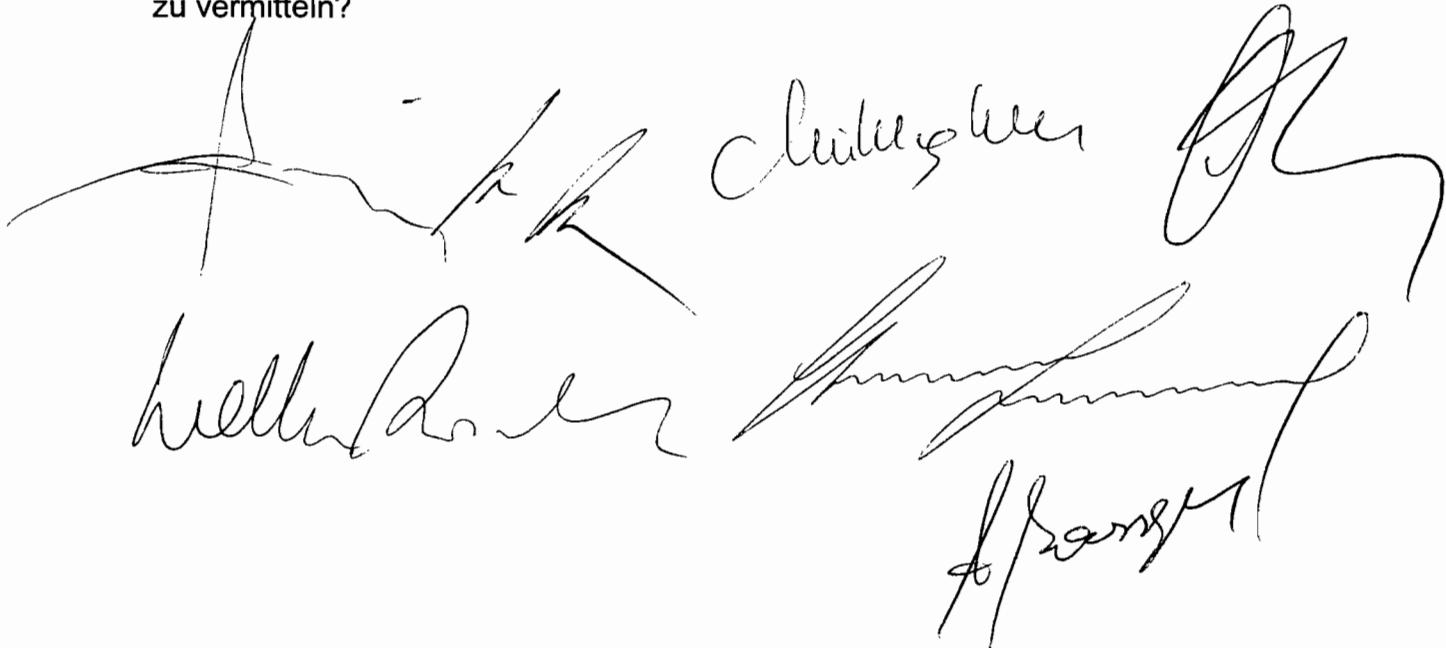
³ http://ec.europa.eu/enterprise/magazine/articles/smes-entrepreneurship/article_11100_de.htm

⁴ http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/charter/2005_charter_docs/sec_2005_167_de.pdf

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung und Frauen nachstehende

Anfrage

1. Welche spezifischen Maßnahmen wurden seit dem Jahr 2005 von der Europäischen Kommission unternommen, um im sekundären Bildungsbereich die unternehmerische Initiative zu fördern bzw. weiter zu entwickeln?
2. Welche Erfahrungen konnten bisher gewonnen werden?
3. Welche Erfahrungen konnte man mit der 2011 eingeführten *Entrepreneurship Education* bis dato gewinnen, welche konkreten Ergebnisse wurden bislang erzielt?
4. Welche Erfahrungsberichte/Evaluierungsberichte gibt es von den Schulen im Bereich der „Unternehmerische(n) Initiative“?
5. Ist geplant die Lehrpläne in Hinblick auf unternehmerisches Denken zu verbessern und erweitern?
6. Welche konkreten Maßnahmen sind hier in einer konkreten Zeitachse angebracht?
7. Was wird seitens des BMBF konkret unternommen um die geplante Regierungsmaßnahme „Qualität der Lehre im unternehmerischen Bereich“ zu verbessern?
8. Welche konkreten Maßnahmen zur Vernetzung von Schülern und Unternehmern werden im sekundären Bereich gesetzt bzw. gefördert? Gibt es diesbezüglich Erfahrungsberichte/Evaluierungsberichte?
9. Welche Aus- und/oder Fortbildungsmöglichkeiten haben Lehrkräfte an den Schulen, um sich mehr unternehmerisches Wissen anzueignen und dieses zusätzlich erworbene Wissen an die Studierenden weiter zu geben?
10. Ist beabsichtigt, in Zukunft vermehrt auf Vorträge von Unternehmern zurückgreifen, welche dann an den Schulen vortragen um den Schülern einen Praxisbezug zu vermitteln?



The image shows five handwritten signatures in black ink, likely belonging to members of the Austrian Parliament (Nationalrat), placed above the list of questions. The signatures are somewhat stylized and overlapping. From left to right, they appear to be:

- A signature that looks like "Hansjörg Weiß"
- A signature that looks like "Hansjörg Weiß" (repeated)
- A signature that looks like "Karl Riedl"
- A signature that looks like "Johannes Hahn"
- A signature that looks like "Hansjörg Weiß" (repeated)

FG

26/3